



Gabriele Hiller-Ohm

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordnete für den Wahlkreis 11:
Lübeck, Sandesneben und Berkenthin

Große Burgstraße 51, 23552 Lübeck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: (030) 227 - 73 514
E-Mail: gabriele.hiller-ohm@bundestag.de
www.hiller-ohm.de

Pressemitteilung

13.08.2018

Hiller-Ohm lehnt Erhöhung der 450-Euro-Grenze für Minijobs ab

Hotel- und Gaststättenverbände fordern, die 450-Euro-Grenze für Minijobber zu erhöhen. Zuletzt wurde die Verdienstgrenze für geringfügig Beschäftigte 2013 von 400 auf 450 Euro angehoben. Zu der Forderung erklärt die tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Gabriele Hiller-Ohm:

„Ich lehne eine Erhöhung der 450-Euro-Grenze für Minijobs ab. Das würde den Niedriglohnsektor anheizen und das Risiko erhöhen, in Altersarmut zu geraten.“ Die meisten Minijobber lassen sich freiwillig von der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht befreien. Davon ist auch die Altersvorsorge der geringfügig Beschäftigten betroffen. „Es muss unser Ziel sein, möglichst viele Menschen in volle sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen. Das ist das beste Rezept gegen niedrige Renten“, führt Hiller-Ohm weiter aus.

Im Gastgewerbe arbeiten in Deutschland ungefähr zwei Mio. Menschen, davon etwa die Hälfte als Minijobber. „Minijobs werden in Deutschland außerdem oft von Frauen ausgeübt. Mehr als zwei Drittel der Minijobber zwischen 25 und 65 sind Frauen. Oft bedeuten Minijobs auch eine berufliche Sackgasse und verringern die Verdienstmöglichkeiten. Eine Erhöhung der Grenze würde diese Faktoren noch verstärken. Das darf nicht sein und ist der falsche Weg“, sagt die SPD-Abgeordnete.

Link: <https://www.hiller-ohm.de/presse/hiller-ohm-lehnt-erhoehung-450-euro-grenze-minijobs-ab>